

Der Vorsitzende Becker eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass die Mitglieder des Ausschusses ordnungsgemäß geladen und in beschlussfähiger Anzahl erschienen sind.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung wird dem Ausschuss noch eine Tischvorlage (Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe im Vermögenshaushalt 2001 = Hst. 0201/9350 "Ausstattung") ausgehändigt, die als Tagesordnungspunkt 8.1 aufgenommen werden soll. Im Weiteren wird dem Ausschuss zum Tagesordnungspunkt 8 eine Tischvorlage der Verwaltung vorgelegt.

Zum gleichen Tagesordnungspunkt liegen Schreiben des Stadtverordnetenvorstehers vom 18.09. und 24.09.2001 vor. Ein Teil des Schreibens des Stadtverordnetenvorstehers vom 18.09.2001 wird unter dem Tagesordnungspunkt 9.5 abgehandelt.

Durch den Vorsitzenden wird darauf hingewiesen, dass die mit der Einladung versandten Unterlagen bei den Tagesordnungspunkten 6 (Ermittlung des bei der Stadt Marburg beantragten Darlehens zur Erfüllung der Verbindlichkeit zum 30.09.2001 gegenüber der Deutschen Bank aus dem CHF-Darlehen) bzw. 9.4 (Modellberechnung Grundsteuer B) behandelt werden.

Der Zeitplan für die Verabschiedung des Haushaltsplanes 2002 soll unter dem Punkt "Verschiedenes" besprochen werden.

Da niemand widerspricht, wird so verfahren.

Anschließend wird die Tagesordnung wie folgt abgehandelt:

TOP 1: Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 21. August 2001

Gegen die Niederschrift bestehen keine Einwände.

TOP 2: Freigabe von Haushaltsmitteln im Verwaltungshaushalt hier: Hst. 7900/7164 "Zuschuss Tourismus GmbH"

Vorlage: VO/0324/2001

Durch den Stadtverordneten Schüren wird gefordert, dass der Band II zum Haushaltsplanentwurf 2002 die Abschlüsse der Unternehmen für das Jahr 2000 enthalten muss sowie die Wirtschaftspläne für das Jahr 2002 enthalten soll.

Diesem Vorschlag schließt sich der Ausschuss an.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig:

Der bei der Hst. 7900/7164 "Zuschuss Tourismus GmbH" gesperrte Restbetrag in Höhe von 60.000 DM wird freigegeben.

TOP 3: Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe im Vermögenshaushalt 2001

hier: Hst. 4601/9402 "Anbau und Sanierung Haus der Jugend"

Vorlage: VO/0344/2001

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig:

1. Gemäß § 100 Abs. 1 HGO wird unter Anerkennung der Unabweisbarkeit der Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe bei folgender Haushaltsstelle zugestimmt:

4601/9402 "Anbau und Sanierung Haus der Jugend" 162.000,00 DM

Die Deckung der Mehrausgabe erfolgt durch Einsparungen bei der Hst. 2800/9470 "Sanierung Lüftungs- und Beleuchtungsanlage".

2. Gleichzeitig werden die entsprechenden Mittel freigegeben.

Der Stadtverordnetenversammlung ist hiervon nachträglich Kenntnis zu geben.

TOP 4: Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe im Vermögenshaushalt 2001

hier: Hst. 1110/9400 "Beseitigung von brandschutz- und sicherheitstechnischen Mängeln in Gebäuden"

Vorlage: VO/0315/2001

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig:

Gemäß § 100 Abs. 1 HGO wird unter Anerkennung der Unabweisbarkeit der Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe bei der Hst. 1110/9400 "Beseitigung von brandschutz- und sicherheitstechnischen Mängeln in Gebäuden" bis zu einem Betrag von 230.000 DM zugestimmt.

Die Deckung der Mehrausgabe erfolgt durch Minderausgaben bei der Hst. 7000/96991 "Kanalauswechslung Marbacher Weg".

Mit dem Beschluss sind die Mittel zugleich freigegeben.

Der Stadtverordnetenversammlung ist hiervon nachträglich Kenntnis zu geben.

TOP 5: Genehmigung einer überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung im Vermögenshaushalt 2001

hier: Hst. 1300/9351 "Fahrzeuge"

Vorlage: VO/0314/2001

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig:

Gemäß § 102 Abs. 5 HGO wird unter Anerkennung der Unabweisbarkeit einer überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung bei der Hst. 1300/9351 "Fahrzeuge" bis zu einem Betrag von 250.000 DM zugestimmt.

Zur Einhaltung des in § 3 der Haushaltssatzung genannten Gesamtbetrages der Verpflichtungsermächtigungen wird die für die Hst. 0211/9353 "EDV-Anlage" bewilligte Verpflichtungsermächtigung nicht in Anspruch genommen.

Mit dem Beschluss ist zugleich die Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung freigegeben.

Der Stadtverordnetenversammlung ist hiervon nachträglich Kenntnis zu geben.

**TOP 6: Freigabe von Haushaltsmitteln
hier: Hst. 7910/9250 "Darlehen an SCM"**

Vorlage: VO/0348/2001

Durch den Vorsitzenden wird auf die mit der Einladung versandte Aufstellung mit der Überschrift "Ermittlung des bei der Stadt Marburg beantragten Darlehens zur Erfüllung der Verbindlichkeit zum 30.09.2001 gegenüber der Deutschen Bank aus dem CHF-Darlehen" hingewiesen.

Der Stadtverordnete Schüren regt an, dass alle in Marburg vorhandenen Gründerzentren im Haushaltsplan 2002 zusammengefasst und abgesichert werden sollen.

Aus dem Ausschuss wird im Weiteren gefordert, dass in der Oktober-Sitzung des Ausschusses ein schriftlicher Bericht über den Sachstand beim Software-Center Marburg vorgelegt werden soll.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt bei Enthaltung der PDS/ML ansonsten einstimmig:

Aus dem bei der Hst. 7910/9250 "Darlehen an SCM" bestehenden Ansatz 2001 von 450.000 DM wird ein Teilbetrag von 235.000 DM freigegeben.

**TOP 7: Übernahme einer Bürgschaft von 5 Mio DM
hier: Treuhandvermögen für das Entwicklungsgebiet Hasenkopf/
Treuhänder Stadtentwicklungsgesellschaft SEG**

Vorlage: VO/0328/2001

Aus dem Ausschuss wird angeregt, dass durch den Magistrat ein Bericht/eine Übersicht über den Bestand der Planungsgebiete und deren Nutzungen vorgelegt werden soll.

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, der Vorlage zuzustimmen.

TOP 8: Satzung zur Umrechnung und Glättung von DM-Beträgen in Euro bei Abgaben- und Entgeltregelungen der Universitätsstadt Marburg

Vorlage: VO/0096/2001

Der Vorsitzende ruft zum Tagesordnungspunkt noch folgende Unterlagen auf, die sich mit den Artikeln 1 und 2 der vorgelegten Änderungssatzung beschäftigen:

- Schreiben des Stadtverordnetenvorstehers vom 18.09. und 24.09.2001
- Vorlage der Verwaltung

Der Stadtverordnete Schüren schlägt vor, die Artikel 1 und 2 der vorgelegten Änderungssatzung an den Ältestenrat zur endgültigen Entscheidung zu verweisen.

Diesem Vorschlag wird einstimmig zugestimmt.

Von der vorgelegten Änderungssatzung sind somit nur noch die Artikel 5 (Sondernutzungen an öffentlichen Straßen), 6 (Marktsatzung), 7 (Marktordnung Flohmarkt), 9 (Zulässigkeit von Fahrverkehr in der Reitgasse, Marktgasse und Barfüßerstraße), 10 (Abwassersatzung), 11 (Fäkalschlammbeseitigungssatzung) und 12 (Stellplatzsatzung) zu beschließen.

Durch den Stadtverordneten Köster-Sollwedel wird beantragt, die Beträge in der Marktordnung Flohmarkt (Artikel 7) nicht zu runden, sondern mit dem amtlichen Faktor umzurechnen.

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, diesem Antrag zuzustimmen.

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, der so geänderten Tagesordnung zuzustimmen.

**TOP 8.1: Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe im Vermögenshaushalt 2001
hier: Hst. 0201/9350 "Ausstattungen"**

Vorlage: VO/0382/2001

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig:

1. Gemäß § 100 Abs. 1 HGO wird unter Anerkennung der Unabweisbarkeit der Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe bei folgender Haushaltsstelle zugestimmt:

0201/9350 "Ausstattungen" 110.000,00 DM

Die Deckung der Mehrausgabe erfolgt durch Einsparungen bei der Hst. 5810/9354 "Biotopkartierung und Digitalisierung"

2. Mit dem Beschluss sind die Mittel zugleich freigegeben.

Der Stadtverordnetenversammlung ist hiervon nachträglich Kenntnis zu geben.

TOP 9: Anträge der Fraktionen

**TOP 9.1: Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen
betr. Abberufung eines hauptamtlichen Magistratsmitgliedes**

Vorlage: VO/0155/2001

Zweite Abstimmung

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und Zählgemeinschaft (BfM, FDP und MBL) bei Enthaltung der PDS/ML, der Vorlage zuzustimmen.

Die **AUSSPRACHE** wird durch den Stadtverordneten Dr. Wulff angemeldet.

**TOP 9.2: Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen
betr. Kooperation der Wirtschaftsförderung in Stadt und Landkreis**

Vorlage: VO/0151/2001

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, der Vorlage zuzustimmen.

Durch den Stadtverordneten Schüren wird die **AUSSPRACHE** angemeldet.

**TOP 9.3: Antrag der PDS/ML-Fraktion
betr. Auftragsvergabegesetz**

Vorlage: VO/0230/2001

Durch den Stadtverordneten Schüren wird der Antrag gestellt, die Ziffer 3 des Antragstextes zu streichen.

Der Ausschuss empfiehlt gegen die Stimme der PDS/ML bei Enthaltung der Grünen ansonsten einstimmig, diesem Antrag zuzustimmen.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen von SPD, Grünen und PDS/ML gegen die Stimmen der CDU und Zählgemeinschaft (BfM, FDP und MBL), dem so geänderten Antrag zuzustimmen.

Durch den Stadtverordneten Köster-Sollwedel wird die **AUSSPRACHE** angemeldet.

**TOP 9.4: Antrag der MBL-Fraktion
betr. Gewerbesteuerhebesatz**

Vorlage: VO/0297/2001

Durch den Vorsitzenden wird zu diesem Tagesordnungspunkt die mit der Einladung versandte Übersicht "Modellberechnung Grundsteuer B" aufgerufen.

Durch den Stadtverordneten Schüren wird die Erhöhung der Grundsteuer B als fraktionsübergreifenden Antrag im Rahmen der Haushaltsberatungen 2002 zur Diskussion gestellt.

Der Ausschuss empfiehlt gegen die Stimmen der Zählgemeinschaft (BfM, FDP und MBL) ansonsten einstimmig, die Vorlage abzulehnen.

**TOP 9.5: Antrag der PDS-Fraktion
betr. NS-Zwangsarbeit in Marburg**

Vorlage: VO/0150/2001

Zu diesem Tagesordnungspunkt wird durch den Vorsitzenden das Schreiben des Stadtverordnetenvorstehers vom 18.09.2001 zur Diskussion aufgerufen.

Als Basis für die weitere Beratung wird diese Vorlage zugrunde gelegt.

Dieser Antrag wird von der SPD eingebracht, dem alle übrigen Fraktionen beitreten.

Durch die CDU wird der Antrag dahin gehend ergänzt, dass der zu bildende Beirat pluralistisch (z. B. alle Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung) besetzt werden soll.

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, der so geänderten Vorlage zuzustimmen.

Vom Stadtverordneten Köster-Sollwedel wird der Antrag gestellt, den Beschlusstenor um folgenden Punkt zu ergänzen:

"Die Zwangsarbeiter(innen), die bei der Stadt beschäftigt waren, erhalten eine einmalige Zahlung von 5.000 DM".

Der Ausschuss empfiehlt gegen die Stimmen von CDU und Zählgemeinschaft (BfM, FDP und MBL) ansonsten einstimmig, diesem Antrag zuzustimmen.

Die **AUSSPRACHE** wird durch den Stadtverordneten Köster-Sollwedel angemeldet.

TOP 9.6: Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Kooperation von Sparkasse und heimischen Genossenschaftsbanken

Vorlage: VO/0152/2001

Der Antrag wird durch den Stadtverordneten Götting bis zur Oktobersitzung der Stadtverordnetenversammlung zurückgestellt.

TOP 10: Kenntnisnahmen

TOP 10.1: Unterrichtung der Stadtverordnetenversammlung über den Stand der den Ämtern zugewiesenen Budgets zum 30. Juni 2001

Vorlage: VO/0312/2001

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**TOP 10.2: Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe im Vermögenshaushalt 2001
hier: Hst. 0201/9351 "Büromaschinen"**

Vorlage: VO/0143/2001

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**TOP 10.3: Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe im Verwaltungshaushalt 2001
hier: Hst. 7910/5750 "Citymanagement"**

Vorlage: VO/0210/2001

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**TOP 10.4: Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe im Vermögenshaushalt 2001
hier: Hst. 7920/9880 "Rückzahlung Zuwendung ÖPNV"**

Vorlage: VO/0237/2001

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**TOP 10.5: Genehmigung des Haushalts 2001
hier: Verfügung des Regierungspräsidiums Gießen**

Vorlage: VO/0352/2001

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 11: Verschiedenes

Durch den Ausschuss wird der Zeitplan, welcher mit der Einladung übersandt wurde, für die Verabschiedung des Haushaltsplanes 2002 zustimmend zur Kenntnis genommen.

Marburg, 27. September 2001

Vorsitzender:

Protokoll:

Reinhold Becker
Stadtverordneter

Theobald Preis